**Rentenlastenausgleich und Bundesmittel
in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV)
aus Sicht der LBG Schleswig-Holstein und Hamburg**

**Anhörung des Umweltausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
am 1. Dezember 2010 in Kiel**

1. Welche Ziele verfolgt das BMELV mit dem Rentenlastenausgleich?

- **Stärkung der innerlandwirtschaftlichen Solidarität** bei Fortbestehen der regionalen Träger, ohne die landwirtschaftlichen Unternehmer einzelner Träger zu überfordern (kurz: **Rentenlastenausgleich statt Bundesträger**)
- **Ausgleich für die ab 2012 angekündigte Kürzung der Bundesmittel**
- **Verringerung von „Wettbewerbsverzerrungen“** bei den Beiträgen zur LUV

2. Wie funktioniert der Rentenlastenausgleich?

- Rechtsgrundlage: § 184a ff. SGB VII
- Jede LBG trägt ihre jährlichen Rentenlasten ab 2010 in Höhe des **3-fachen**, ab 2012 in Höhe des **2,5-fachen** und ab 2014 in Höhe des **2-fachen** ihrer **Neurenten** (Renten, die in den jeweils letzten 5 Jahren entstanden sind). Die **übersteigenden Rentenlasten** werden untereinander nach dem Verhältnis der beitragsbelastbaren Flächenwerte (durchschnittliche Hektarwerte je Gemeinde) solidarisiert.

3. Wie wirken sich der Rentenlastenausgleich und die Einbeziehung/Nichteinbeziehung in die Bundesmittelverteilung auf die einzelnen Träger aus?

Die Zahlen ergeben sich aus der **Anlage**.

Die **Auswirkungen des Rentenlastenausgleichs und der alternativen Bundesmittelverteilung** auf die nächste Umlage Anfang 2011 basiert auf der Prognoseberechnung (Stand: Okt. 2010) des LSV-Spitzenverbandes.

Die LUV-**Bundesmittel** werden zu 93% nach dem Leistungsaufwand und zu 7% nach den beitragsbelastbaren Flächenwerten der einzelnen LBG'en (um-) verteilt (sog. 79er-Schlüssel).

Würden die Rentenlastenausgleichszahlungen nicht in den Leistungsaufwand eingerechnet, entstünden doppelte Be- und Entlastungen: Die Nehmerträger erhielten Bundesmittel für Rentenleistungen, die nicht sie, sondern die Geberträger finanzieren, ohne ihrerseits dafür Bundesmittel zu erhalten.

Die Einbeziehung des Rentenlastenausgleichs in die Verteilung der Bundesmittel ist also geboten.

In Schleswig-Holstein und Hamburg sind ca. 40 % der Unternehmen bundesmittelberechtigt. Nur für diese gelten die geminderten **Nettohebesätze**. Der Rentenlastenausgleich wirkt sich jedoch auf alle Betriebe aus, also auch auf die **Bruttohebesätze**.

Selbst wenn der Rentenlastenausgleich – wie gefordert - in die Bundesmittelverteilung einbezogen wird, führt er in SHH zu Beitragserhöhungen von knapp 20% bei den Nettohebesätzen und 25% bei den Bruttohebesätzen (der individuelle Beitrag kann abweichen, z.B. durch Neubewertung der Risikogruppen oder Betriebsveränderungen).

4. Wo könnte Regelungsbedarf gesehen werden?

- **Einbeziehung des Rentenlastenausgleichs** in die Bundesmittelverteilung
- Eine **Anhebung** des jetzigen **Neurentenfaktors 3** oder **jedenfalls keine Absenkung** auf **2,5** und **2** sowie eine Korrektur des geringen fiktiven beitragsbelastbaren Flächenwertes für **Forsten** wäre aus Sicht der Geberträger wünschenswert, wird aber angesichts der unterschiedlichen regionalen Interessen politisch kaum durchsetzbar sein.

Anmerkung: Der gesetzlich festgelegte Forstflächenwert von 150 DM ist wegen der sehr unterschiedlichen Forstanteile in den Regionen verzerrend. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die die Hauptlast des Rentenlastenausgleichs zu tragen haben, werden zusätzlich be- oder entlastet, je nachdem, ob sie zufällig in forstarmen oder forstreichen („Billigmacher-“)Regionen liegen. Auch im Hinblick auf die besondere Unfalllast würde eine höhere Bewertung der beitragsbelastbaren Flächenwerte für sachgerecht gehalten.

5. Ausblick

Zwischenzeitlich hat es **neue Entwicklungen** gegeben.

Der **Deutsche Bauernverband** strebt nunmehr einen **LSV-Bundesträger** mit bundesweit gleichen Beiträgen für identische Betriebe an, wenn bis mindestens 2015 die jetzige Bundesmittelförderung von 200 Mio. Euro für die LUV erhalten bleibt. Ein Gutachten zur Möglichkeit gleicher Beiträge trotz unterschiedlicher Agrarstrukturen in Deutschland ist bereits durch den LSV-Spitzenverband an Prof. Dr. Bahrs in Auftrag gegeben worden.

Die **Begründungen für den Rentenlastenausgleich** würden ganz oder zum Teil entfallen, wenn es in absehbarer Zeit zur Bildung eines LSV-Bundesträgers mit gleichen Beiträgen kommen sollte bzw. solange die Bundesmittel von 200 Mio. Euro nicht gekürzt werden.

Die **Arbeits- und Sozialminister** der Länder lehnen einstimmig einen LSV-Bundesträger bzw. eine weitere Konzentration von Trägeraufgaben an den LSV-Spitzenverband ab. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung den Vorschlag des DBV kurzfristig in einen entsprechenden Gesetzentwurf umsetzen wird.

Auf den **Entschließungsantrag der Landesregierung** an den Bundesrat zur Abmilderung des Rentenlastenausgleichs wird verwiesen.

Die **Einbeziehung des Rentenlastenausgleichs in die Bundesmittelverteilung** ist mit dem nächsten Zuwendungsbescheid Anfang des Jahres zu erwarten, eine förmliche Entscheidung des BMELV liegt aber noch nicht vor.

Bei der **Errichtung eines Bundesträgers** sollte das Land Schleswig-Holstein – etwa über den Bundesrat - darauf achten, dass auch weiterhin wesentliche versichertenbezogene Aufgaben bei den Trägerstandorten, hier beim **Standort Kiel**, verbleiben - aus agrar-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen. Dies wird auch vom Landesbauernverband Schleswig-Holstein gefordert.

Bundesmittelberechnung mit und ohne Lastenverteilung
(Stand: Prognoseberechnung 11/2010 - 01 bis 10/2010)

Im nachfolgendem Vergleich werden die Bundesmittel

- auf Basis von 200 Mio. €,
- unter Berücksichtigung der verrechnungsfähigen Leistungsaufwendungen 2008/2009 sowie
- mit und ohne Berücksichtigung der Lastenverteilung für das Hebejahr 2011

dargestellt:

LBGen	Bundesmittel ohne Lastenverteilung	Bundesmittel mit Lastenverteilung	Differenz (Spalte 3-2)	Lastenverteilung
1	2	3	4	5
SHH	5.799.092,00	7.721.606,00	1.922.514,00	- 5.288.764,85
NB	24.416.964,00	26.302.535,00	1.885.571,00	- 4.441.064,80
NRW	20.572.236,00	20.313.486,00	-258.750,00	96.871,40
HRS	29.174.853,00	26.003.325,00	-3.171.528,00	8.796.283,90
FOB	36.005.301,00	32.699.866,00	-3.305.435,00	10.988.501,10
NOS	26.209.290,00	25.085.619,00	-1.123.671,00	4.853.644,85
BW	29.417.699,00	26.211.847,00	-3.205.852,00	9.630.430,19
GB	7.212.098,00	6.768.729,00	-443.369,00	684.383,61
MOD	21.192.467,00	28.892.987,00	7.700.520,00	- 25.320.285,40
Gesamt	200.000.000,00	200.000.000,00	0,00	0,00